



David Gierse

Berlin, der 31.01.2025

BSW und Digitalisierung: Skepsis statt Fortschritt – Eine noch ausführlichere Analyse

Hallo liebe Leserinnen und Leser,
willkommen zu einem umfassenden Blick auf die Digitalpolitik des BSW. In diesem Beitrag gehen wir noch tiefer in die Kritik an einer Politik, die – so scheint es – eher von Misstrauen und konservativen Analogvorstellungen geprägt ist, als von einem echten Willen, die digitale Zukunft aktiv zu gestalten. Während andere Parteien mutig in innovative Projekte investieren und konkrete Maßnahmen für KI, Breitbandausbau und digitale Bildung präsentieren, setzt der BSW vor allem auf Regulierung, Beschränkungen und den Erhalt traditioneller Strukturen. Lasst uns gemeinsam jeden Aspekt genauer unter die Lupe nehmen und herausarbeiten, wo Fortschritt blockiert wird und welche Chancen dabei ungenutzt bleiben.

1. Verwaltungsdigitalisierung: Nur halb durchdacht

Die öffentliche Verwaltung steht im Zentrum moderner Digitalisierungsbestrebungen. Viele Länder haben bereits gezeigt, wie automatisierte Bürgerdienste und digitale Identitätslösungen Prozesse nicht nur beschleunigen, sondern auch die Transparenz und Bürgernähe verbessern können.

Was andere Parteien vorschlagen:

- **Automatisierte Prozesse und KI-gestützte Abläufe:** Durch den Einsatz künstlicher Intelligenz könnten Routineaufgaben automatisiert, Anträge schneller bearbeitet und Fehler reduziert werden.
- **Digitale Identität und sichere Zugänge:** Innovative Ansätze wie digitale Signaturen und biometrische Verifizierungen ermöglichen nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch einen reibungsloseren Service.

BSW-Position im Detail:

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- **Das „One-Stop“-Bürgerportal:** Hier wird zwar ein zentraler Zugangspunkt für Verwaltungsdienste propagiert, der Bürgern die Eingabe von Daten erleichtern soll. Dieses Konzept hat durchaus Potenzial, wenn es richtig umgesetzt wird.
- **Fehlende Ergänzungen:**
 - Es fehlt jedoch an einem durchdachten Plan, der den Einsatz von KI oder automatisierten Systemen in der Verwaltung integriert. Ohne diese Technologien bleibt das Portal lediglich ein digitales Ersatzsystem für bestehende Prozesse – es wird nicht zur echten Modernisierung beitragen.
 - **Beispiel aus dem Ausland:** Länder wie Estland haben gezeigt, dass durch den flächendeckenden Einsatz digitaler Technologien in der Verwaltung nicht nur Prozesse beschleunigt, sondern auch das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen gestärkt werden kann. Warum also nicht auch in Deutschland diesen Schritt wagen?

Kritische Fragen:

- Wie soll durch das bloße Bereitstellen eines Portals ein nachhaltiger Abbau von Bürokratie erreicht werden, wenn innovative Technologien zur Automatisierung und Optimierung fehlen?
- Welche konkreten Schritte sind geplant, um das „One-Stop“-Konzept zu einem echten Service zu entwickeln, der auch fortschrittliche Sicherheits- und Identitätslösungen integriert?

2. Keine Digitalstrategie für die Wirtschaft

Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Welt hängt zunehmend von einer funktionierenden Digitalstrategie ab. Länder, die in digitale Geschäftsmodelle, KI und Start-up-Innovationen investieren, sichern sich einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

Die Ansätze anderer Parteien:

- **Förderprogramme für KI und Start-ups:** Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Schaffung von Innovationszentren sollen die digitale Wirtschaft stärken.
- **Förderung digitaler Geschäftsmodelle:** Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, die digitale Prozesse als Chance nutzen, um effizienter zu wirtschaften und neue Märkte zu erschließen.

BSW-Position im Detail:

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- **Ablehnung verpflichtender digitaler Prozesse:** So werden beispielsweise E-Rechnungen und andere digitale Pflichten abgelehnt, was den Einsatz moderner, effizienter Technologien in Unternehmen hemmen könnte.
- **Vage Aussagen ohne konkrete Maßnahmen:** Es gibt keine detaillierte Digitalstrategie, die zeigt, wie die Wirtschaft aktiv in digitale Transformationsprozesse eingebunden werden soll.
- **Fehlende Investitionen:** Es mangelt an konkreten Förderprogrammen oder steuerlichen Anreizen, um innovative Start-ups und digitale Geschäftsmodelle voranzubringen.

Kritische Fragen:

- Wie soll Deutschland international wettbewerbsfähig bleiben, wenn digitale Prozesse als Belastung betrachtet und nicht als Chance erkannt werden?
- Welche alternativen Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass Unternehmen trotz des Widerstands gegen verpflichtende Digitalisierungsmaßnahmen wettbewerbsfähig bleiben?

3. Kein Fokus auf digitale Infrastruktur

Eine moderne Infrastruktur ist das Rückgrat jeder digitalen Transformation. Der Ausbau von Glasfaser, 5G und weiteren Netzwerktechnologien ist essenziell, um schnelle und stabile Internetverbindungen – gerade auch in ländlichen Gebieten – zu gewährleisten.

Was andere Parteien vorantreiben:

- **Flächendeckender Breitbandausbau:** Investitionen in Glasfasernetze und 5G-Infrastrukturen werden als Schlüssel gesehen, um den digitalen Rückstand aufzuholen und ganz Deutschland zu vernetzen.
- **Gezielte Förderung von ländlichen Regionen:** Spezifische Programme sollen sicherstellen, dass auch außerhalb der urbanen Zentren moderne IT-Infrastrukturen verfügbar sind.

BSW-Position im Detail:

- **Fehlende konkrete Pläne:** Es gibt keinerlei detaillierte Strategie oder Investitionsprogramme, die einen flächendeckenden Ausbau moderner Netzwerke in Deutschland zum Ziel haben.
- **Risiko der digitalen Spaltung:** Ohne eine klare Infrastrukturpolitik droht, dass Deutschland in puncto Digitalisierung weiter ins Hintertreffen gerät und Regionen abgehängt werden.

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

Kritische Fragen:

- Wie kann eine nachhaltige digitale Zukunft gestaltet werden, wenn die Grundvoraussetzung – die digitale Infrastruktur – nicht ausreichend berücksichtigt wird?
- Welche Folgen hat es für die Wirtschaft und den Alltag der Bürger, wenn schnelles Internet und 5G nicht flächendeckend verfügbar sind?

4. Bildung: Digitalverbot statt Fortschritt

Die Bildungspolitik muss sich den Herausforderungen der digitalen Welt stellen. Digitale Kompetenzen sind heute so wichtig wie Lesen, Schreiben und Rechnen, da sie die Grundlage für den Umgang mit modernen Technologien bilden.

Was andere Parteien vorschlagen:

- **Integration digitaler Lernkonzepte:** Viele Parteien setzen auf smarte Schulen, digitale Unterrichtsmittel und interaktive Lernplattformen, die Schüler auf die Arbeitswelt von morgen vorbereiten.
- **Lehrerfortbildung:** Neben der Anschaffung von Technik wird auch in die Schulung der Lehrkräfte investiert, um den digitalen Unterricht nachhaltig zu gestalten.

BSW-Position im Detail:

- **Handy- und Tabletverbot in Grundschulen:** Der BSW sieht diese Maßnahmen als Schutz für die jungen Schülerinnen und Schüler vor Ablenkungen und missbräuchlicher Nutzung, doch es besteht die Gefahr, dass dadurch grundlegende digitale Kompetenzen nicht vermittelt werden.
- **Social-Media-Gesetz:** Die Idee, die Nutzung von Social Media zu regulieren, basiert auf der Angst vor einer digitalen Überwachung und einem Verlust des direkten, zwischenmenschlichen Austauschs.
- **Fehlende hybride Konzepte:** Es wird nicht aufgezeigt, wie eine Balance zwischen analoger und digitaler Bildung aussehen könnte, um Schüler optimal auf die digitale Zukunft vorzubereiten.

Kritische Fragen:

- Wie sollen Kinder in einer Welt, in der digitale Technologien allgegenwärtig sind, den verantwortungsvollen Umgang mit diesen erlernen, wenn ihnen der frühzeitige Kontakt verwehrt wird?

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- Ist es nicht kontraproduktiv, einerseits die Grundfertigkeiten zu fördern und andererseits den Zugang zu modernen Medien systematisch einzuschränken?

5. Digitalisierung im Gesundheitswesen? Fehlanzeige

Der Gesundheitssektor bietet enormes Potenzial für digitale Innovationen – von Telemedizin über elektronische Patientenakten bis hin zu KI-gestützten Diagnosen. Diese Technologien können nicht nur die Behandlungsqualität verbessern, sondern auch den Zugang zu medizinischen Leistungen erleichtern.

Was andere Parteien vorantreiben:

- **Telemedizin und digitale Patientenakten:** Durch den Einsatz moderner Technologien können Ärzte schneller und effizienter auf Patienteninformationen zugreifen, was zu einer besseren Versorgung führt.
- **KI in der Diagnostik:** Künstliche Intelligenz kann dabei helfen, Krankheitsbilder frühzeitig zu erkennen und personalisierte Behandlungsmethoden zu entwickeln.

BSW-Position im Detail:

- **Skepsis gegenüber digitaler Gesundheitsversorgung:** Der BSW betont, dass der menschliche Kontakt und die ärztliche Schweigepflicht unantastbar sind.
- **Fehlende Maßnahmen:** Es werden keine konkreten Initiativen vorgestellt, die den gezielten Einsatz moderner Technologien im Gesundheitswesen fördern oder sicher gestalten.
- **Widerspruchspotenzial:** Während der Schutz sensibler Daten wichtig ist, könnte eine zu starke Zurückhaltung die Chancen zur Optimierung der Patientenversorgung untergraben.

Kritische Fragen:

- Wie kann das Gesundheitssystem moderner und gleichzeitig datensicher gestaltet werden, wenn digitale Innovationen grundsätzlich skeptisch betrachtet werden?
- Welche Modelle gibt es, um den Schutz der Patienten zu gewährleisten und gleichzeitig von den Vorteilen der Digitalisierung zu profitieren?

6. Digitale Souveränität: Kritik an US-Konzernen ohne klare Alternative

Die Abhängigkeit von großen US-amerikanischen Technologiekonzernen wird oft als zentrales Problem der europäischen Digitalwirtschaft benannt. Digitale Souveränität

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

bedeutet, die Kontrolle über die eigenen Daten und Technologien zu behalten und unabhängige Lösungen zu entwickeln.

Was andere Parteien vorschlagen:

- **Investitionen in europäische Technologien:** Initiativen, die darauf abzielen, in Forschung und Entwicklung zu investieren und europäische Tech-Start-ups zu fördern, stehen im Vordergrund.
- **Stärkung von Open-Source-Lösungen:** Open-Source-Software bietet Transparenz und die Möglichkeit, digitale Produkte gemeinsam zu entwickeln und zu verbessern.

BSW-Position im Detail:

- **Kritik an Abhängigkeiten:** Der BSW prangert die Dominanz von Microsoft, Oracle und anderen an und fordert vermehrt den Einsatz von Open-Source-Software in der Verwaltung.
- **Fehlende Investitionsstrategie:** Es wird jedoch keine klare Roadmap präsentiert, wie europäische Alternativen systematisch gefördert und aufgebaut werden können.
- **Unzureichende langfristige Perspektive:** Ohne konkrete Förderprogramme und Investitionspläne bleibt der Schritt von der Kritik zur tatsächlichen digitalen Souveränität ein Wunschtraum.

Kritische Fragen:

- Wie kann echte digitale Unabhängigkeit erreicht werden, wenn Kritik an US-Konzernen nicht in den Aufbau eigener, innovativer Technologien mündet?
- Welche konkreten Maßnahmen und Investitionen wären nötig, um Europa zu einem Vorreiter in der digitalen Selbstbestimmung zu machen?

7. „Recht auf Analoges“ statt digitale Teilhabe

Die Idee des „Rechts auf Analoges“ verfolgt den Gedanken, Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Technologien haben oder diesen bewusst ablehnen, nicht auszugrenzen. Natürlich ist Inklusion ein zentrales Anliegen – jedoch sollte dies nicht auf Kosten des Fortschritts geschehen.

Was andere Parteien vorantreiben:

- **Digitale Inklusion:** Ziel ist es, allen Bürgern – unabhängig von Alter, sozialem Status oder Wohnort – den Zugang zu modernen digitalen Dienstleistungen zu ermöglichen.

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- **Benutzerfreundliche Lösungen:** Dabei wird darauf geachtet, dass digitale Angebote intuitiv und leicht zugänglich sind, sodass niemand durch technische Hürden ausgeschlossen wird.

BSW-Position im Detail:

- **Fokus auf analoge Alternativen:** Der BSW betont, dass Menschen ohne Internetzugang weiterhin traditionelle Zugänge zu Dienstleistungen (wie Bahntickets oder Arzttermine) erhalten sollen.
- **Mangelnde Investition in digitale Inklusion:** Es wird jedoch vernachlässigt, in Maßnahmen zu investieren, die benutzerfreundliche digitale Angebote fördern und gleichzeitig Schulungen anbieten, um digitale Kompetenzen zu stärken.
- **Langfristige Folgen:** Ein reiner Rückgriff auf analoge Systeme kann dazu führen, dass die Digitalisierung in Teilen der Bevölkerung stagniert und wichtige Innovationen nicht ihren Weg in den Alltag finden.

Kritische Fragen:

- Wie kann verhindert werden, dass der Verzicht auf digitale Lösungen letztlich zu einem Innovationsstau führt, der den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt behindert?
- Wäre es nicht sinnvoller, in integrierte Konzepte zu investieren, die sowohl analoge als auch digitale Teilhabe ermöglichen und so den Zugang zu modernen Dienstleistungen für alle Bürger garantieren?

8. Zusammenfassende Überlegungen und Ausblick

Die Digitalpolitik des BSW steht im klaren Kontrast zu den ambitionierten Konzepten anderer Parteien. Während innovative Projekte, gezielte Investitionen und die Förderung moderner Technologien als Schlüssel zum Fortschritt gelten, dominiert beim BSW eine Haltung der Skepsis und des Festhaltens an traditionellen, analogen Strukturen.

- **Innovationshemmnisse:** Die fehlende Bereitschaft, digitale Prozesse konsequent zu fördern, könnte Deutschland langfristig in eine Position der Wettbewerbsunfähigkeit drängen.
- **Wirtschaftliche Konsequenzen:** Ohne eine zukunftsweisende Digitalstrategie wird es schwer, internationale Investitionen anzuziehen oder heimische Unternehmen in digitalen Märkten konkurrenzfähig zu halten.
- **Bildungsdefizite:** Ein mangelndes digitales Bildungsangebot gefährdet nicht nur die Ausbildung der nächsten Generation, sondern auch den Erhalt eines zukunftsorientierten Arbeitsmarktes.

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- **Souveränitätsfragen:** Kritik an ausländischen Technologiekonzernen allein genügt nicht – es bedarf eines umfassenden Plans zur Förderung eigener digitaler Kompetenzen, um echte digitale Souveränität zu erreichen.
- **Inklusionsdefizite:** Der ausschließliche Fokus auf analoge Zugänge stellt die Frage, ob so wirklich alle Bürger für die digitale Zukunft gerüstet werden.

Fazit und Ausblick:

Der aktuelle Ansatz des BSW zur Digitalisierung wirkt, als würde er in einer Zeit, in der der Wandel rasant voranschreitet, den Blick nach vorn verlieren. Anstatt den digitalen Wandel aktiv zu gestalten, scheint hier eher eine defensive Haltung eingenommen zu werden – eine Haltung, die Fortschritt blockiert, anstatt ihn zu ermöglichen.

Deutschland steht als eines der führenden Industrieländer in der Verantwortung, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Dies erfordert Mut, Innovationsbereitschaft und konkrete, zukunftsweisende Strategien, die den digitalen Wandel als Chance begreifen und nicht als Bedrohung.

Für all jene, die an eine moderne, inklusive und zukunftsorientierte Digitalpolitik glauben: Es bleibt spannend zu beobachten, wie sich die politischen Kräfte in den kommenden Jahren positionieren. Werden alte Ängste und Misstrauen gegenüber der Digitalisierung dominieren, oder können mutige, innovative Ideen den Weg in eine digital souveräne Zukunft ebnen?

Ich lade euch herzlich ein, eure Gedanken und Meinungen in den Kommentaren zu teilen. Welche Ansätze erscheinen euch zielführend? Wo seht ihr den größten Handlungsbedarf? Lasst uns gemeinsam diskutieren und den Weg zu einem echten digitalen Fortschritt ebnen – für eine Zukunft, in der niemand zurückbleibt!

Bleibt digital, bleibt kritisch und vor allem – bleibt neugierig!

https://www.linkedin.com/posts/david-gierse-49a34718b_bsw-und-digitalisierung-skepsis-statt-fortschritt-activity-7293298024435339265-Q8Ag?utm_source=share&utm_medium=member_desktop

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>